

Europa an das Gemeinwohl anpassen Gemeinsame Aktion 2019 von Justitia et Pax Europa im Hinblick auf die Europawahlen 2019

Kurzfassung

*Im Einklang mit ihrer Mission bietet **Justitia et Pax Europa**¹ allen Europäern – seien sie Christen, Angehörige einer anderen Religion oder nicht religiös – im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament vom 23. – 26. Mai 2019 folgende Überlegungen und Vorschläge an:*

Aufbau einer sozialen Marktwirtschaft – eine Schlüsselaufgabe des Europäischen Parlaments

Die Mitglieder des nächsten Europäischen Parlaments werden gemeinsam mit dem Ministerrat über Vorschläge der Europäischen Kommission beraten. Der größte Teil des Gesetzgebungsprozesses und die wichtigsten Vorschriften für europäische Bürger, unabhängig davon, ob sie in einem Land der Europäischen Union oder in einem anderen europäischen Land wohnen, beziehen sich auf das Funktionieren des Binnenmarkts. Basierend auf dem Grundsatz des freien Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehrs bildet der Binnenmarkt - wie er in den Europäischen Verträgen verankert ist - das Fundament der größten Marktwirtschaft der Welt.

Sie hat in den letzten Jahrzehnten zu einer enormen Steigerung des materiellen Wohlergehens innerhalb Europas beigetragen. Eine freie Marktwirtschaft braucht aber auch klare Regeln und eine Infrastruktur für ihre Steuerung im Hinblick auf das Gemeinwohl der Bürger, die von den Staaten bereitgestellt werden muss. Andernfalls nehmen die unerwünschten Folgen zu. Dies muss durch Aufsicht und Regulierung durch die legitimen politischen Behörden angegangen werden. Daher fordert der Vertrag über die Europäische Union die Schaffung einer sozialen Marktwirtschaft und verlangt von ihren Institutionen die Förderung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts. Die in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union geförderten Werte dienen den Mitgliedern des nächsten Europäischen Parlaments als Orientierung, um unerwünschte Auswirkungen auf den Binnenmarkt zu beheben und zu korrigieren.

Vier Themen und vier Prioritäten, die das nächste Europäische Parlament berücksichtigen sollte

Justitia et Pax Europa hat vier Bereiche identifiziert, in denen die Regulierung des Binnenmarktes hinsichtlich der Werte und Prinzipien der Europäischen Union sowie der Soziallehre der Kirche nicht gut funktioniert. Das nächste Europäische Parlament sollte sich intensive mit diesen Punkten befassen, denn sie stellen einen Verstoß gegen folgende Grundsätze dar:

¹ *Justitia et Pax Europa ist ein Zusammenschluss von über dreißig nationalen Kommissionen für Justitia et Pax, die in Verbindung zu ihren jeweiligen Bischofskonferenzen stehen. Sie deutet die Zeichen der Zeit im Lichte der katholischen Soziallehre und konzentriert sich auf europäische Politik und Institutionen.*

1. Soziale Gerechtigkeit, weil die derzeitige ungerechte Verteilung von Chancen und Reichtum, aber auch Armut und soziale Ausgrenzung im Gebiet des Binnenmarktes und in den einzelnen Regionen zu negativen und grundlegenden demographischen, kulturellen und sozialen Folgen führt.

Die Entvölkerung großer Teile der Europäischen Union und die Verarmung derjenigen, die zurückbleiben, sind negative Nebenwirkungen des Binnenmarktes, die nicht toleriert werden dürfen. Stattdessen erfordern eine soziale Marktwirtschaft und das Prinzip des territorialen Zusammenhalts die Gestaltung einer neuen und umfassenden europäischen Regionalentwicklungspolitik, die auf der bestehenden Regionalpolitik aufbaut und versucht, sie zu verbessern, anstatt sie zu untergraben. ***Justitia et Pax Europa*** schlägt vor, dass das nächste Europäische Parlament diese Frage als vorrangig erachtet.

2. Sorge für die natürliche Umwelt aufgrund eines unannehmbaren hohen Maßes an Nahrungsmittelverschwendung, was auf die Dominanz eines Produktions- und Konsummodells hinweist, das der Tugend der Mäßigung entgegensteht und der Umwelt schadet.

In der EU wird die Menge der Lebensmittelabfälle auf 88 Millionen Tonnen pro Jahr geschätzt, was mehr als einem Fünftel der Produktion entspricht. Bei solchen Ausmaßen ist eine drastische Veränderung notwendig. Diese Problematik stellt eine komplexe Herausforderung für das gesamte Nahrungsmittelsystem, einschließlich des Verbraucherverhaltens, dar. ***Justitia et Pax Europa*** fordert das kommende Europäische Parlament dazu auf, eine verbindliche Zielvorgabe zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen auf EU-Ebene auf der Grundlage einer einheitlichen und abgestimmten Methodik zur Messung von Lebensmittelabfällen einzuführen.

3. Globaler *Frieden* wegen mehrfacher Waffenexporte in Gebiete, in denen Krieg und bewaffnete Konflikte herrschen, was im Widerspruch zu einem bestehenden Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten steht.

In den letzten Jahren wurden im europäischen Binnenmarkt hergestellte Waffen in vielen Kriegen und bewaffneten Konflikten eingesetzt. Die EU ist der zweitgrößte Waffenexporteur der Welt. 2017 hatten die 28 EU-Länder einen Anteil von 24% an den gesamten Waffenexporten. Um Konflikte zu vermeiden und die internationale Sicherheit zu stärken, hat die EU bereits 1998 einen Verhaltenskodex für Waffenausfuhren aufgestellt. Bei der Erteilung von Ausfuhrgenehmigungen an Rüstungsexportunternehmen haben die EU-Mitgliedstaaten jedoch häufig gegen diese Regeln verstoßen. ***Justitia et Pax Europa*** erwartet von den Mitgliedern des nächsten Europäischen Parlaments, dass sie den Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Waffenexporten uneingeschränkt unterstützen und aktiv ein wirksames Sanktionssystem fördern, für den Fall, dass Mitgliedstaaten gegen die Regeln verstoßen.

4. Achtung der Menschenrechte, weil einige sehr große europäische Unternehmen, die ihren Sitz im Gebiet des Binnenmarktes haben, auf der ganzen Welt in einer

Art und Weise tätig sind, bei der Menschenrechtsverletzungen auftreten können.

Multinationale Unternehmen in der EU müssen sich bei sämtlichen Aktivitäten mehr für die Achtung der Menschenrechte einsetzen. ***Justitia et Pax Europa*** ersucht das nächste Europäische Parlament, weiterhin ein aktives Engagement der Europäischen Union mit den Vereinten Nationen für die Ausarbeitung eines internationalen rechtsverbindlichen Instruments zur Regelung der Aktivitäten multinationaler Unternehmen im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte zu fördern.

Kontakt: Stefan Lunte (secretary@jupax-europa.org, 033680179422)